



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924**

160 (3.4.1924) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-215140](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-215140)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgeb. vom 3. April bis 30. April 24: 65 Goldpf. Die monatl. Bezüge verpflichten sich bei est. Anordnung der wöchentlichen Bezüge...  
Verkaufspreis 10 Goldpfennig  
Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per einwöchige Kolumnenliste für Allgemeine Anzeigen 0,30 Goldpfennig...  
Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen- und Musik-Zeitung — Welle und Schall — Aus Feld und Garten

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per einwöchige Kolumnenliste für Allgemeine Anzeigen 0,30 Goldpfennig...  
Verkaufspreis 10 Goldpfennig  
Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per einwöchige Kolumnenliste für Allgemeine Anzeigen 0,30 Goldpfennig...  
Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen- und Musik-Zeitung — Welle und Schall — Aus Feld und Garten

### Moratorium und Sachleistungen

#### 4 Jahre Zahlungspause

Nach dem „Reit Journal“ werden die Sachverständigen die Gewährung eines 4jährigen Moratoriums vorschlagen, bei dessen Ablauf im 5. Jahre Deutschland 2½ Milliarden Goldmark jährlich bezahlen soll. Während des Moratoriums hätte Deutschland Sachleistungen zu vollziehen und die Bezahlungskosten zu bezahlen. Im ersten Jahre würden diese Leistungen durch eine internationale Anleihe auf der Grundlage der Eisenbahn gedeckt werden. Die Jahreszahlungen von Deutschland würden nach und nach ansteigen und während der letzten Jahre des Moratoriums, falls die Finanzlage Deutschlands es gestatte, vielleicht sogar Barzahlungen umfassen.

Das „Echo de Paris“ wertet bereits mit einer Kritik des zu Ende dieser Woche angekündigten Sachverständigenberichtes aus. Es schreibt: Sind wir sicher, Kapitalzahlungen zu erhalten? In keiner Weise! Die erste Anleihe, deren Erfolg niemand garantiert (1 Milliarde) ist ausschließlich dazu bestimmt, Dollar und Devisen in die Kassen der neuen Bank zu leiten und die Gewährung von Handelskrediten von dreifacher Höhe und die Ausführung der für die Zeit des Moratoriums von Deutschland zu übernehmen Verpflichtungen zu ermöglichen. Kapitalzahlungen können wir nur mittels der Eisenbahnobligationen und der Hypothekendarlehen erhalten. Werden wir aber dafür Käufer finden? Das ist mehr als zweifelhaft. Es ist ein Unglück, daß die Sachverständigen nicht erkannt haben, daß die besetzten Gebiete ihre einzige wirklich zuverlässige Stützpunkte des umfallenden Systems darstellen, das sie projektieren. Andererseits wäre es möglich, die bisherigen Einnahmehöhen durch Uebertragung von Grund und Boden Besitztümern zu vermindern, um das Moratorium zu vermindern. Man wendet dagegen ein, daß die Industrien des Ruhrgebiets allein die erforderliche Pflanz der Reparationsleistungen nicht sehr lange tragen können, aber um hier Rat zu schaffen, hätten Wirtschaftsverträge abgeschlossen werden müssen, die für alle Beteiligten von Vorteil gewesen wären und denen nichts funktionstüchtiges mehr angebahnt hätte. Warum aber sollten wir auch von vornherein annehmen, daß Deutschland außerstande wäre, seinen industriellen Kompensationen zu verschaffen und die Summen, die die Reichtümer in Rheinland und Lothringen einbringen, auf seine sämtlichen Steuerzahler zu verteilen?

#### Vor der Uebergabe der Sachverständigenberichte

Nach einer Pressemeldung werden die Sachverständigenausschüsse nur noch eine gemeinschaftliche Sitzung abhalten. Im Anschluß daran wird der Bericht dem Präsidenten der Reparationskommission Barthou übergeben werden. Es wird angenommen, daß im Anschluß an die Uebergabe des Berichtes eine kurze Besprechung zwischen Poincaré, Lhuissier und MacDonald stattfinden wird, der gegen Ende des Monats eine interalliierte Konferenz folgen soll. Mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen wäre allerdings ein späterer Termin dieser zweiten Konferenz wahrscheinlich.

Nach einer Mitteilung des „Reynold Herald“ sollen die technischen Einzelheiten des Berichtes 36 000 Worte umfassen, wovon das Einleitungsschreiben des Generals Dames allein 800 Worte umfaßt. Der Bericht Mc Kennas über die deutsche Kapitalflucht enthält 4000 Worte. Die Sachverständigen seien zu dem Ergebnis gekommen, daß 2 Milliarden Dollar aus Deutschland abgewandert seien.

#### Der Sitz der Goldnotenanstalt

Dem „Reit Journal“ zufolge soll im Anschluß an neue Verhandlungen beschlossen worden sein, den Sitz der Goldnotenanstalt unter internationaler Kontrolle nach Deutschland zu verlegen.

#### Keine Bindung der Reichsregierung

Ein Berliner Blatt hatte behauptet, die Reichsregierung habe sich l. B. bei der Annahme der Sachverständigen in Berlin haben gegenüber verpflichtet, ihr Gutachten anzuerkennen. Diese Angabe beruht, wie wir hören, auf einem Mißverständnis. Im Dezember 1922 hatte Hughes bekanntlich den Vorschlag auf Einsetzung eines Untersuchungskomitees gemacht. Diesen Vorschlag hat die deutsche Regierung in einer Note vom 2. März 1923 angenommen. Damals aber handelte es sich um ein ganz anderes Zusammengefügtes und mit ganz anderen Vorkenntnissen ausgestattetes Komitee. Dem jetzigen Pariser Expertenkomitee gegenüber ist dagegen die Reichsregierung keinerlei Bindungen eingegangen. Das hat auch kürzlich erst der Reichsaussenminister Dr. Stresemann auf dem Parteitag der Volkspartei in Hannover ausdrücklich betont.

#### Die bessarabische Frage

In der heutigen Sitzung der russisch-rumänischen Konferenz gab der Chef der Sowjetdelegation, Krestinski, namens der russischen Delegation eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß Rumänien Bessarabien gegen den Willen der erdrückten Mehrheit der Bevölkerung in seiner Macht halte und die Förderung der rumänischen Regierung, die Sowjetregierung solle Bessarabien als einen Bestandteil Rumaniens anerkennen, entschieden ablehnte. Die Sowjetdelegation schlägt vor, an eine gemeinsame Beratung der Voraussetzungen der Organisation einer Volksabstimmung in Bessarabien heranzutreten, denn nur so werde die rumänische Regierung imstande sein, sich von der Aufgabe zu befreien, daß sie Bessarabien, ebenso gewaltsam u. ebenso gegen den Willen der Bevölkerung in ihrer Macht halte, wie es mit der in ihrer Mehrheit von ukrainischen Bauern bewohnten Bukowina der Fall ist. Die Sowjetdelegation lehnt entschieden den Versuch ab, die Verantwortung des weiteren Schicksals der Konferenz aufzubürden. Sollte die rumänische Delegation sich weigern, die Arbeiten der Konferenz fortzusetzen, so werde die Verantwortung dafür ausschließlich die rumänische Regierung behalten. Sodann wiederholte die rumänische Delegation den schon in der letzten Sitzung bekannt gewordenen Standpunkt der rumänischen Regierung. Da die beiden Standpunkte der Delegationen nicht miteinander in Uebereinstimmung gebracht werden konnten, wurden die Arbeiten der Konferenz für beendet erklärt. Die Delegationen verlassen in den nächsten Tagen Wien.

#### Das Echo der deutschen Antwortnote

##### In Paris

Die deutsche Note zur Kontrollfrage ist sofort von dem Sekretariat der Botschafterkonferenz den Vertretern der Mächte zugestellt worden. Der „Reit Journal“ ist der Meinung, daß der Ton der Note höflich und entgegenkommend ist. Ueber die deutsche Note wurde ein offizielles Kommuniqué ausgegeben, das besagt, daß sich Deutschland wie eine „Nacht ausbrüche, die in keiner Weise durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages gebunden sei. In den Pariser Besprechungen sei nicht erwähnt worden, daß die deutsche Note zu verlesen gebe, die nach Artikel 213 vorgesehene Kontrolle müsse als Gegenleistung auch zu Maßnahmen für eine allgemeine Abrüstung führen.

Der „Temps“ schreibt, Deutschland verlange, auf gleichem Fuße behandelt zu werden. Es wolle nicht zugeben, daß die Ueberwachungskommission über die fünf noch unerledigten Fragen beschleße, sondern wünsche, in jedem besonderen Falle mit den alliierten Regierungen zu verhandeln. Deutschland stimme auch der versängten Statistik nicht zu, sondern schlage eine Bänderungsuntersuchung vor. Das französische Interesse lasse es rascher erscheinen, einen besetzten Gegner nicht zu demütigen. Die fünf Restforderungen seien durch die Berufung auf Artikel 213 als berechtigt erwiesen. Die Berufung auf Artikel 213 sei nicht unbedeutend. Deshalb habe Deutschland so lange gewartet, sich darauf zu berufen, wenn Deutschland nicht zu verbergen habe? Deshalb mache es Ueberwachung so viele Schwierigkeiten?

#### Die Londoner Presse

bezeichnet die Abfassung der deutschen Antwort auf die Kontrollfrage als sehr geschickt und spricht von einem „neuen deutschen Ton“. Jedes Wort sei sorgfältig erwogen und muß von den alliierten Regierungen sehr wohl überlegt werden, ehe die Botschafterkonferenz die Entscheidung treffe. In Londoner französischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die Lage in französischem Sinne als ernst anzusehen sei.

\* Der Nachfolger Daugherth. Zum Nachfolger Daugherth als Bundesanwalt ist der frühere Dekan der Universität Columbia in New York ernannt worden.

\* Toffe erkrankt schwerlich. Der ehemalige Sozialsekretär in Berlin Toffe weist seit einigen Wochen in einem Wiener Sanatorium. Wie die Wiener Berichte, ist Toffe im Zustand einer Erleidung am Abendmahl.

### Das Problem hinter Singapur

Von Dr. Ferdinand Groutoff

Im englischen Unterhaus hat kürzlich eine große Marinedebatte stattgefunden. Selbstverständlich hat es sich dabei nicht darum gehandelt, daß die Liberalen die von der Regierung angeforderten fünf Kreuzer ablehnen wollten. Ihr Antrag auf Ablehnung war nur das übliche parlamentarische Mittel, um die Möglichkeit einer grundsätzlichen Aussprache über das entscheidende Problem für die Verteidigung Englands gegenüber einer französischen Bedrohung zu sichern. Und diese Frage lautet von allem parlamentarischen Rankenwerk befreit: Ist die Verteidigung Englands zu Wasser und in der Luft gegenüber der drohenden französischen Luftflotte so stark, daß England sich die Schaffung eines maritimen Machtzentrums in Singapur zur Sicherung seines indischen, holländischen und australischen Besitzes und im Hinblick auf kommende Auseinandersetzungen in Australien leisten kann?

Man weiß aus Erfahrung, daß solche besetzten Kolonialstützpunkte sehr bald starke Flottenstützpunkte vom heimischen Zentrum weziehen. Eine moderne Seeflotte bedarf einer mobilen Verteidigungsmacht, deren Aktionsradius heute sehr groß ist. Der Schwerpunkt der Flotte und die Stärke dieser Flotte, die zugleich eine Sicherung auf weitere Entfernungen übernehmen muß, bedürfen sich gegenseitig und ziehen die Kräfte immer stärkerer Konzentration. Lord Arthur als Flottenchef hat zunächst ein Drittel der russischen Flotte im fernen Osten festgesetzt, und hat dann, als der Krieg ausbrach, fast die ganze russische Flotte nach sich gezogen — ins Verderben.

Das sind Sorgen, die nachdenklich stimmen. Der Ausbau Singapores würde zunächst einen beträchtlichen Teil der modernen Schiffe der englischen Flotte dort festlegen. Der modernsten Schiffe deshalb, weil Japan mit seinen neuen Panzern möglicherweise der Gefahr sein könnte, demgegenüber man sonst auf hoher See von vornherein unterlegen sein würde. Diese Streitkräfte würden dahinein fehlen, und außerdem würde man auch noch den Soemba nach Singapur zu sichern haben. Dieser Weg führt aber an der französischen Küste vorbei und wird unter Umständen auch von Westen, von der amerikanischen Seite her, flankiert. Der Ausbau Singapores würde also die eigene Verteidigung Englands schwächen und würde schon vorweg die Frage bejahen, ob man im Falle eines Konfliktes, in dem Amerika oder Japan auf der anderen Seite sind, unter allen Umständen mit ganzer Macht für die Verteidigung Indiens und Australiens einstehen will, ohne Rücksicht auf die Bedrohung des Heimatlandes durch Frankreich. Selbstverständlich haben sich Australien und Neuseeland bei einer Rundfrage unter den englischen Kolonien für den Ausbau Singapores erklärt. Aber ebenfalls selbstverständlich sind sie in der Minderheit geblieben, da auch der Südafrikaner Smuts für eine Politik war, nach der einem das Heft näher ist als der Kopf.

Wenn das englische Unterhaus den Ausbau Singapores zu einer großen Seeflotte ablehnt und dann die fünf Kreuzer formell bewilligt, so hat das mit Abrüstung und mit Pazifismus nichts zu tun. Eine ganz nüchterne Rechnung ergibt, daß England sich eine solche Verteilung seiner Seestreitkräfte, wie sie eine große Flottenbasis in Singapur und eine dauernde Stationierung eines Teiles der stärksten Schiffe der englischen Marine bedeuten würde, heute einfach nicht leisten kann. Der Bericht auf Singapur bedeutet also, daß man die Flotte daheim zusammenhalten zu müssen glaubt zum Schutze der eigenen Küsten und Häfen.

Und die Stationierung der Flotte, die sich ja nicht verbergen läßt, die vor aller Augen erfolgen muß und die auch nicht von heute auf morgen zu ändern ist, charakterisiert ja wie nichts anderes die politische Situation. Als sich einst die Verhältnisse auf einen Konflikt mit Deutschland zuspitzten und England keine politischen Maßnahmen in einer Verständigung mit seinen Verbündeten traf, war die Verdärkung der politischen Lage 1913 deutlich an dem stufenweisen Abbau der auswärtigen Flottenstationen Englands zu verfolgen. Zunächst wurde das Mittelmeerergesamter durch ältere Schiffe ersetzt. Dessen moderne Umlaufschiffe vereinigte man mit der englischen Flotte. Und dann holte man alle kampfkraftigen Kreuzer aus dem Ausland heim. Man beließ dem ostasiatischen, dem atlantischen und dem australischen Ozean nur die älteren und schwächeren Schiffe. Sogar die von Australien, Südafrika und den Molanenflotten der englischen Flotte gestellten Panzerkreuzer teilte man den Schwabern zu, die man gegen Deutschland im Kanal und in der Nordsee zusammenzog.

Mit dieser Entlohnung der ausländischen Stationen den kampfkraftigen Schiffen ging man soweit, daß nach Kriegsausbruch ein einziger deutscher Kreuzer, die „Emden“, den ganzen Schiffvertrieb im Indischen Ozean unterdrücken konnte, daß das deutsche Umlaufgeschwader im Großen Ozean und an der Westküste Südamerikas und die „Karlzruhe“ in Westindien wochenlang kaum einen ebenbürtigen Gegner fanden. Ihr Verhängnis war nur ihre zu schwache Artillerie.

Schließlich scheint man in England die Situation heute anzusehen. Wenn man den bereits begonnenen Ausbau Singapores an einer großen Seeflotte wieder einsetzt und damit der Gefahr entgegen will, durch Verteilung beträchtlicher mobiler Seestreitkräfte in Indochina die heimische Verteidigungsflotte zu schwächen, so heißt das mit anderen Worten: Eine Gefährdung Englands durch die 1900 französischen Flugzeuge und auch zu Wasser liegt heute noch so schwer, daß sie eine Leistung der heimischen Streitkräfte verbietet. So steht ohne alle Bedenken das Problem hinter Singapur, und unter diesen Umständen ist gar nicht daran zu denken, daß, auch wenn Australien einen Teil der Kosten übernehmen will, der Bau der Seeflotte Singapores fortgesetzt wird. Damit wird die politische Situation in Australien entscheidend entlastet, aber es wird damit auch gesagt, daß das entscheidende politische Zentrum vorläufig noch in Europa liegt. Dieses „vorläufig“ ist freilich sehr beschränkt.

### Die Flurbereinigung in der Volkspartei

□ Berlin, 3. April. (Von uns. Berliner Büro.) Ueber den Stand der Dinge in der Deutschen Volkspartei geht uns von einer Seite die wir für unterrichtet zu halten allen Grund haben, folgende Darstellung zu: Der nationalliberalen Vereinigung war vom Zentralvorstand ausgedehnt worden, in ihre Organisation mit den Säulen der Deutschen Volkspartei die Einklang zu bringen. Dieser Aufgabe galt eine Sitzung, die gestern die Vertreter der nationalliberalen Vereinigung hier in Berlin abgehalten haben. Heute sollen 2 oder 3 Herren aus ihrer Mitte vor einem Ausschuss des Parteivorstandes gehört werden. Der Parteivorstand selber wird erst am nächsten Montag zu der Frage Stellung nehmen. In dieser Sitzung soll dann auch, wie man uns mitteilt, die Reichsliste der Partei aufgestellt werden.

### Die Micumverhandlungen in Düsseldorf

Aus Kreisen der Micum wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die Micumverträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern in Düsseldorf im Fortschreiten begriffen sind. Man habe die Verhandlungen sehr intensiv angehebt. Ihre Informationen würden bei den Verhandlungen mit der Sachverständigenkommission in Betracht gezogen werden. Weiter wird aus Offen gemeldet, die neuen Verhandlungen zwischen der Sachverständigenkommission des Bergbauvereins und der Micum werden nunmehr am kommenden Dienstag in Düsseldorf beginnen. Die anderleitigen Micum, wonach die Verhandlungen bereits gestern in Düsseldorf ihren Anfang genommen hätten, entsprechen nicht den Tatsachen. Am kommenden Freitag findet eine Sitzung des Reichsausschusses statt. Es verläutet daß dabei noch einmal die Frage der Befassung der Ruhrindustrie durch die Micumverträge wie auch die Forderungen der Bergarbeiter eingehend besprochen werden sollen. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die Medien des Ruhrgebietes eine Ausschleusung anbahnen hätten, um die sich aus der ungleichen Heranziehung der Medien zu den Reparationsleistungen ergebenden Unterschiede auszugleichen. Eine solche Ausschleusung ist wohl für andere Industrien, die in der letzten Zeit Reparationsverträge mit der Micum oder der Rheinlandkommission abgeschlossen haben, vorzuziehen, für den Ruhrbergbau besteht eine solche Einrichtung jedoch nicht. Hier hat vielmehr jede Rede bezw. jedes Beramerksunternehmen die von der Micum auferlegte Belastung selbst zu tragen.

#### England und die Micumverträge

Der Abgeordnete Hallhead sprach im Unterhause an, welche Haltung die Regierung gegenüber den Vereinbarungen der französischen und belgischen Regierungen mit den Rhein- und Ruhrindustriellen einzunehmen beabsichtige. MacDonald erwiderte, daß dies ebenfalls laut Versailler Vertrag die Reparationskommission ansehe. Bis zu einer Prüfung durch die Reparationskommission wolle die Regierung keine Schritte unternehmen, da sie hoffe, daß die Sachverständigenausschüsse ein Vorhaben ihrerseits überflüssig machen werde. Frankreich und Belgien seien aber benachrichtigt worden, daß sich die englische Regierung alle ihre Rechte in dieser Hinsicht reserviert vorbehalte.

#### Beschlüsse der Rheinlandkommission

Die Rheinlandkommission hat der Witwe des kürzlich erschossenen Zollsekretärs Schiapp in Bruchmühlbach eine Entschädigung von 30 000 Franken zugestanden. Außerdem wird die französische Zollbehörde den Hinterbliebenen des Verstorbenen für 6 Monate das Gehalt weiterbezahlen.

Die Rheinlandkommission hat in ihrer letzten Sitzung beschloßen, der Anwendung einer Reihe von Gesetzen des Deutschen Reiches im besetzten Gebiet ihre Zustimmung zu verweigern. Darunter befinden sich u. a. das Reichsgesetz vom 14. Februar 1924 betr. Änderung des Gesetzes über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland, das Reichsgesetz vom 14. Juli 1923, das eine Ergänzung des Notengesetzes darstellt, dessen Genehmigung für das besetzte Gebiet gleichfalls verweigert wurde, und die Verordnung vom 23. Februar 1924, die eine Verlängerung des Ausnahmezustandes vorsieht. Der Betrieb der verbesserten Ausgabe des Reichskursbuches und des Fahrplans der Rheinischen Zeitung im besetzten Gebiet wurde gestattet.

### Die Verlegung der Münchener Infanterieschule

□ Berlin, 3. April. (Von uns. Berl. Büro.) Von unterrichteter Seite wird uns berichtet, daß General v. Seckl die einstweilen aufgeschobene Infanterieschule nicht mehr nach München veranzulassen wünscht. Ob Dresden oder welcher andere Ort die künftige Stätte der Schule in Betracht kommt, ist im Augenblick noch durchaus zweifelhaft. Eine Entscheidung ist auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Einstweilen wird der Offizierslehrgang auf Truppenübungsplätzen abgehalten.

Badischer Landtag

Karlsruhe, 3. April. (Eig. Ber.)

Kurz vor 11 Uhr vormittags wurde die Sitzung eröffnet. Die kommunistischen Abgeordneten Bock und Frau Unger sind wieder im Hause anwesend. Der Eintritt in die Tagesordnung wies Abg. Bock (Komm.) die in einer der letzten Sitzungen gefällene Bemerkung über angelegte

Konspirationen zwischen Kommunisten und Franzosen als nicht den Tatsachen entsprechend zurück. Beim Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet und auch in Baden, haben wir Kommunisten mit aller Deutlichkeit unseren Standpunkt gekennzeichnet, was uns vom französischen Imperialismus trennt. Da die Regierung dem badischen Landtag ausgeht, so betrachte ich das als eine bewusste Absicht, mich in meiner persönlichen Ehrenhaftigkeit herabzulassen. Ich sehe darin eine niederträchtige Verleumdung.

Präsident Baumgartner: Ich nehme an, daß Sie mit dieser Bemerkung keinen Abgeordneten meinen. Abg. Bock (Komm.): Derjenige Abgeordnete, den ich gemeint habe, wird das schon merken. Präsident Baumgartner: Dann muß ich Ihre Äußerung rügen.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D. R.): Die Bemerkung über die Konspiration zwischen den Kommunisten und Franzosen ist von mir gefallen und vom meinen Fraktionskollegen Schmidt und war im „Berliner Bund“ zu lesen. Den Abg. Bock habe ich mit dieser Konspiration nicht persönlich in Verbindung gebracht.

Abg. Bock: Die letzte Bemerkung ist unsinnig, denn die Regierung ist in Verbindung mit einer Bemerkung gefallen, die sich auf mich bezog.

Nach dem Bericht des Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) nahm der Landtag von der Verordnung über die Zuständigkeit der Gem. in die Gerichte, über die Goldrechnung auf dem Gebiet des Bundesjustizgesetzes, über die Änderung des Postengesetzes, über die Gebühren der Ortsrichter und über die Verwaltungsgebühren Kenntnis. Ueber die weitere

Änderung des Beamtengesetzes

— Rotgelei über die Pflichten und Aufgaben der Staatsbeamten als Aufsichtsräte — berichtete Abg. Karum (Soz.). In der Aussprache sprach Abg. Schmitt-Karlsruhe (Ztr.) längere Ausführungen juristischer Art über die Aufgaben von Staatsbeamten in Aktiengesellschaften. Voraussetzung für die Zustimmung des Zentrums für den Gesetzentwurf sei, daß der Landtag bei allen Sozialistengesellschaften ein Wort mitzureden habe, wenn er dies für nötig erachtet.

Abg. Mayer (D. R.) meinte, man solle davon absehen, Beamte als Staatsvertreter in solche Aktiengesellschaften zu entsenden, namentlich seine Abgeordneten, weil das für diese gewisse Schwierigkeiten verursachen könnte.

Abg. Klotzer (Landbund) betonte, dem Parlament dürfe kein Bewußtsein nicht genannt werden, der Landbund werde sich der Abstimmung enthalten.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) erklärte, er würde es gerne sehen, wenn auch Angehörige freier Berufe, auch Abgeordnete in den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft einzeln würden.

Staatspräsident Dr. Köhler: Auch die Auffassung der Regierung geht dahin, daß der Beamtenaufsichtsrat nach Weisungen der vorgelegten Minister zu handeln hat. In der Praxis haben sich die Dinge bisher in voller Harmonie entwickelt. Darüber muß man sich klar sein, das die aktive Beteiligung des Staates an Aktiengesellschaften neue Verhältnisse schafft. Es muß sich hier erst ein neues Recht bilden.

Bei der Abstimmung wurde das Rotgelei einstimmig (bei 4 Stimmenthaltungen des Landbundes) angenommen.

Es folgte die Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Umwandlung der Salinen Dürckheim und Roppenau in eine Aktiengesellschaft. Ueber den Gesetzentwurf haben wir schon an anderer Stelle berichtet. Hierzu begründet

Abg. Weismann (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, bei der Umwandlung die modernsten Rechte der Arbeiter der beiden Salinen hinsichtlich der Pensionierung und der Anerkennung der Tarifverträge sicher zu stellen.

Staatspräsident Köhler erklärte, die Sorge der Arbeiterschaft sei unbegründet, ihre Lage werde jedenfalls durch die Gründung einer Aktiengesellschaft nicht verschlechtert. Die Rechte der Arbeiter würden wohl gewahrt werden und auch die Tarifverträge würden anerkannt.

Das Gesetz wurde dann gegen 4 Stimmen des Landbundes (bei Stimmenthaltung der Kommunisten) mit großer Mehrheit angenommen. Der sozialdemokratische Antrag fand einstimmig Annahme.

Ratens des Haushaltungsausschusses berichtet Abg. Dr. Glöckner (Dem.) über den Gesetzentwurf über die Neuordnung der Wohnungsverbände. Durch das Gesetz wird das Arbeitsministerium ermächtigt, die infolge Veränderung der Anteilsanteile hinsichtlich der Wohnungsverbände besondere Anordnungen zu treffen. Nach kurzer Aussprache, die zu einer Polemik zwischen Land- und Zentrum führte, wurde der Gesetzentwurf (bei 16 Stimmenthaltungen der Kommunisten, des Landbundes, der Deutschnationalen und zweier Zentrumsabgeordneter) angenommen.

Von der Zentrumsfraktion lag ein mit dem Eisenbahnerstreik

im Zusammenhang stehender Antrag vor, die Regierung möge sich bei der Reichsregierung vorstellig werden, daß die unbedingt

unzureichenden Arbeitslöhne bei der Reichsbahn in Baden festgestellt werden, daß die Lebensmöglichkeit wieder hergestellt wird. Staatspräsident Köhler bemerkte, die Regierung werde den Antrag alsbald telegraphisch dem Reichsverkehrsministerium zur Kenntnis bringen. Der Gedanke des Antrags entspreche dem Empfinden der badischen Regierung. Auch die Arbeiterschaft habe in vollem Verständnis, für das, was auf dem Spiele stand, Opfer gebracht, dafür müsse man das zum Leben Notwendige verlangen. Bedauerlich sei, daß ein Teil der Schwerindustrie den Zeitpunkt für gekommen erachte, den Kampf um das Recht der Arbeiterschaft zu entfachen. Die Arbeiterschaft müsse man vor übereilten Schritten warnen.

Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag des Landbundes, der wünschte, daß der Antrag über die Aufhebung des badischen Arbeitsministeriums, der badischen Gefändschaft in Berlin und der Presseabteilung sofort heute oder morgen beraten werde.

Schluß der Sitzung um halb 2 Uhr, Fortsetzung der Beratung um halb 4 Uhr.

Der Eisenbahnerstreik

Berlin, 3. April. (Von unv. Berliner Büro.) Die Lage im Eisenbahnerstreik ist, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, im wesentlichen unverändert. Verschiedentlich haben die Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen und sich mit dem löstündigen Arbeitstag einverstanden erklärt. Die Berliner Verhandlung mit den Spitzenorganisationen sind noch immer nicht abgeschlossen, im Reichsverkehrsministerium hofft man jedoch im Laufe des heutigen Nachmittags zu einer Verständigung zu gelangen. Man ist noch wie vor der Auffassung, daß kein Anlaß vorliegt, eine weitere Ausdehnung des Streiks zu befürchten.

Aktions, 3. April. Wie die Reichsbahndirektion Aktiona mitteilt, mußte wegen wiederholter Verweigerung der dienstplanmäßigen Arbeitszeit ein großer Teil der Güterbotenarbeiter in Grobshamburg entlassen werden. Ein anderer Teil ist wegen dieser Entlassung in den Sympathiestreik getreten. Die Annahme von Gütern kann daher nur in ganz beschränktem Umfang erfolgen. Die Reichsbahn kann jedenfalls in diesen Tagen eine Verantwortung für die rechtzeitige Annahme und Auslieferung von Gütern und Frachtpäckchen nicht übernehmen.

Ludendorff spricht

Berlin, 3. April. (Von unserem Berliner Büro.) Der D. Z. wird aus München gemeldet, auf einer vom Verbande der nationalgekauften Soldaten und aller patriotischen Verbände veranstalteten Versammlung sprach gestern General Ludendorff, der mit Friedl, Köhler und Bräuer hitzhaft begrüßt wurde. Ludendorff gedachte zunächst Friedl, Webers und Kriebels, die heute in Unfreiheit in Landsberg sitzen und des erkrankten Köhler. Dann sprach er über die zwei den völkischen Gedanken bedrohten Feinde, die Unreinheit und die ultramontane Gefahr, verwahrte sich aber dagegen, etwas wie einen Kulturkampf gewollt zu haben. Mit einem Heil auf den Frontgeist schloß er seine Ansprache, die ihm stürmischen Beifall und Blumen eintrug.

Amerikanischer „Kredit“ an Deutschland und Oesterreich

Berlin, 3. April. (Von unv. Berl. Büro.) Der „D. Z.“ wird aus Rom gemeldet, der Staatsminister der beschlagnahmten feindlichen Vermögen hat seine Zustimmung zu einer Gesetzesvorlage erklärt, die vorstellt, aus den Fonds der beschlagnahmten deutschen und österreichischen Vermögen einen Kredit von 150 Millionen Dollars an Deutschland und Oesterreich zum Bezug amerikanischer landwirtschaftlicher Produkte usw. zu eröffnen. Auch nach der Rückgabe aller heimischen Vermögen unter 10 000 Dollars ist noch ein Fonds von 300 Millionen Dollars vorhanden, der hinreicht, um alle berechtigten amerikanischen Erbschaftsprüfung und den vorgeschlagenen Kredit zu decken.

Letzte Meldungen

Keine Reichswehrkapellen für den Wahlkampf

Berlin, 3. April. (Von unv. Berliner Büro.) Beim Reichswehrministerium sind in den letzten Tagen Klagen eingelaufen über eine aktive Beteiligung von Reichswehrkapellen am Wahlkampf. Darauf hin hat General von Seekt eine Verfügung erlassen, nach der Musikkapellen der Reichswehr die Beteiligung an Wahlversammlungen der Parteien und Bünde bis zum 4. Mai untersagt wird.

Berlin, 3. April. (Von unserem Berliner Büro.) Berliner Blätter hatten berichtet, daß bei den geistlichen Zusammenkünften ein Reichswehrkapelle, der sich in Zivil unter die Angehörigen der Kampferverbände gemischt hatte, verhaftet worden sei. Das ist, wie uns mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Am Tage zuvor ist ein junger Mann, der bei irgend einer Visumarbeit einen Knall gehabt hatte, verhaftet worden, er hat sich als Reichswehrkapelle ausgeben. Auch das ist nicht richtig, der Herr hat allerdings früher der Reichswehr angehört, ist aber längst verabschiedet.

Disziplinargericht gegen Voehner und Friedl. Die Preisregierung von Oberbayern hat, wie wir erfahren, den Antrag der Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen Voehner und Friedl gestellt.

Der Kaiser der Sahara

Roman von Othrid von Hanstein

Copyright 1921 by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.

(Nachdruck verboten.) Mit Bolldampf kamen die Kolosse heran — dann plötzlich — zeigten sie die Breitseite und glitten ab. Ueber den elektrischen Gürtel, den unsere Ingenieure um unsere Küste gespannt, kam kein Schiff hindüber.

Wir hatten geglaubt! Frankreich sah ein, daß es besser sei, mit uns Frieden zu schließen, als das einzige Volk zu sein, das von unseren Schüssen und Hilfsmitteln ausgeschlossen war.

Jetzt war der Befehl des mächtigen Frankreich im Zelle und ließ sich von Mister Welbs seine Bedingungen diktieren. Von Mister Welbs, der einmal in Newport den Kontorstuhl gedrückt hatte und der sich nun einen Kaiser nannte.

Mister White kam nach einigen Stunden aus dem Zell — der französische General schritt dem Aeroplan zu — er machte ein ernstes, aber nicht unzufriedenes Gesicht — Mister White geleitete ihn zu seinem Fahrzeug.

„Gütliche Reise, Excellenz.“ „Seiner Majestät nochmals meine Ergebenheit.“ Die Worte gingen mir durch und durch. Zum ersten Male hörte ich ihn Majestät nennen aus dem Munde eines fremden Staatsmannes.

Der General hatte dabei ein Gesicht, als sollte er über dieses Wort köpfern.

White stand in Gedanken und sah dem Aeroplan nach. Ich trat auf ihn zu, denn meine jetzige Stellung gab mir schon dazu das Recht.

„Nun, Mister White?“ „Unter uns gab es keine Exzellenzen oder andere Titel.“ „Ist Frieden?“ „Noch mehr.“ „Wieso, noch mehr?“ „Der Kaiser hat der ganzen Welt für die Zukunft die Kriege verboten.“

Ich mußte mich einen Augenblick sammeln.

Der französische General ist beauftragt, dieses Verbot dem Weltbunde zu übermitteln.“

„Was wollen Sie? — Der Kaiser hat gedroht, sowie ein Volk dieses sein Gebot überschreitet und einen Krieg beginnt, werden wir mit unseren ganzen unerschöpflichen Mitteln dem Gegner helfen. Ganz gleich, wer der Angreifer ist.“

„Und die Völker?“ „Was sollen sie tun? Sie werden gehorchen.“

„Mir tief bei diesen Gedanken ein kalter Schauer über den Rücken.“ „Wie Völker?“

„Was bleibt Ihnen übrig? Nicht einmal, wenn sie alle zusammen versuchen, uns zu besiegen, könnte es gelingen. Und — unsere Hilfsmittel sind Ihnen allen notwendig.“

„So gebietet Mister Welbs in Wahrheit der ganzen Welt?“ „Er hat es vorhergesagt — was Mister Welbs sagt, trifft alles ein.“

Es war dunkel um uns — wir standen am Ufer der neu erschlossenen See und um uns rauschten die Palmen. Der Mond war ein bleiches, traumhaft unwirkliches Licht auf See und Dase, auf die weiße Zellstadt und — das Zell aus Purpur und Gold, in dem der Kaiser wohnte.

Ich weiß nicht, warum die Worte Whites mich so ungeheuer erregten — gerade weil er ein Mann war, der keine Begeisterung, keine Phrasen, keine Illusionen kannte, der immer leidenschaftlos ruhig und nüchtern sprach, gerade deswegen wirkten diese Worte.

„Er gebietet der ganzen Welt, und was er sagt, trifft immer ein.“

Ich trat an White heran. Ich weiß eigentlich nicht, wie es kam, aber unter allen Männern, mit denen ich hier in Berührung kam, war White der einzige, der mich anzog, und doch war er eigentlich die verkörperte Kälte.

„Mister White — und Sie sind der Reichskanzler — Sie sind die rechte Hand des mächtigsten Mannes der Welt.“

„Und wache obeliecht morgen auf als stellvertretender Bureauchef.“

„Mister White!“ „Stehen wir nicht alle auf einem Pulverfaß? Was ist dies für ein Staat?“

„Es ist ja gar kein Staat — es ist ja nichts wie ein Privatbesitz.“

„Ein Staat ohne Gesetz und Verfassung — ein Staat, der einem einzigen Manne als Eigentum gehört. Gehört! Verstehen Sie? Nicht wie früher die ererbten Kaiser, die sich von Gottes Gnaden nannten, sondern gekauft! Kaiser von feines Geldes Qua-

Städtische Nachrichten

Prolog zur Schulentlassungsfeier

Städtische Kinder durchzogen den Waldraum, bogen durchwanden in Wolke die Luft, Kinder erzählten vom lustigen Nachtraum, Schweigen im würdigen Frühblütenhauch.

Knaben und Mädchen erheben die Freiheit, schauen voll Hoffnung hinaus in die Welt, Da ihrem Lenze nun folgt eine Kreuzzeit, Wo andre Pflichten die Jugend erhält.

Heute, am Festtag dankt jeder im Stillen Eltern und Lehrern für Führung und Gut Und gelobt, treulich die Pflicht zu erfüllen, Fleht zu dem Höchsten um Stärke und Mut.

Die ihm so nötig zur Arbeit, der neuen, Die nach dem Frühling der Sommer nun bringt, Fleht für des Vaterlandes Wiedergebden, Daß nicht oergelblich der Redliche ringt.

Tag unsres Abschieds, dein wollen gedenken Wir, wenn Veruchung den Weg uns vertrat, Die uns vom Wege der Wahrheit will lenken, Hin uns will lenken zu Unrechtes Pfad.

Lasset uns alle den Treuschwur erneuen: Felt halten wir, was die Welt uns erbat! Eltern und Lehrer soll'n allzeit erfreuen Fruchte aus ihrer gelegneten Saat.

A. Göller.

Für die Reichstagswahlen

Für die kommenden Reichstagswahlen seien die Parteien und alle Wahlberechtigten nach auf folgende Einzelheiten des neuen Reichstagswahlgesetzes und der Reichstagswahlordnung aufmerksam gemacht:

Für jeden Wähler besteht die Pflicht zur Uebernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit eines Wahllokals Stellvertreters des Wahllokals, Beisizers oder Schlichters im Wahlvorstand, eines Beisizers des Kreiswahlausschusses, des Verbandswahlausschusses und des Reichswahlausschusses. Die Ablehnungsgründe sind in § 39 des Reichswahlgesetzes festgelegt. § 40 des Reichswahlgesetzes enthält die Strafandrohung, falls die Uebernahme eines Wahllokalnamens ohne gesetzlichen Grund abgelehnt wird.

Die Stimmzettel werden als sogenannte Einheitsstimmzettel amtlich hergestellt und den Gemeinden zur Verfügung an die Wahlmünderstellen übergeben. Im Abstimmungsraum werden Stimmzettel und Umschläge in ausreichender Zahl bereit gehalten. Der Abstimmungsleiter hat darüber zu wachen, daß die Stimmberechtigten die amtlichen Stimmzettel erhalten. Da der Stimmberechtigte bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlausschlag zu kennzeichnen hat, dem er seine Stimme geben will, so ist in § 43 der Reichstagswahlordnung vorgeführt, daß in der Wahlzelle, wo die Eintragungen in den Stimmzettel zu machen sind, Bleistifte bereit liegen, die an Wählern abet konstante, besetzt sind.

P. A.

Die Tätigkeit der Polizeifürsorgerinnen

Der nach dem Kriege um sich greifende städtische Niedergang vieler Schichten unseres Volkes, dessen schlimme Folgenerscheinungen sich namentlich in den großen Städten beobachten lassen, hat der sog. Polizeifürsorge ganz allgemein Aufgaben von großer Bedeutung gestellt. Am besonders ist es ein Tätigkeitszweig auf dem Gebiet der Fürsorgetätigkeit, dessen Pflege neuerdings in erhöhtem Maße Beachtung erfordert. Die Tätigkeit der sog. Polizeifürsorgerinnen. In einer Reihe von Großstädten hatte ich schon vor dem Krieg aus der Praxis der Fürsorgepolitik heraus die Notwendigkeit ergeben, für die Aufgabe, von der Polizei festgestellten weiblichen Personen, die verwahrloset oder sittlich gefährdet waren, mit Rat und Hilfe beizustehen, weibliche Hilfskräfte heranzuziehen. Wie die Polizeibeamte in den meisten derartigen Fällen nicht in der Lage ist, ausreichend Hilfe zu leisten, Rat zu erteilen und Schritte zu tun, die gefährdeten Personen vor sittlichen Gefahren zu schützen, so kommt diese weiblichen Hilfskräfte der Fürsorgepolitik über ihre schützende und ordnenden Maßnahmen hinaus Mittel ergreifen, um gefahrte und verwahrloste weibliche Personen wieder auf den rechten Weg zu bringen. Die Aufgabe dieser Fürsorgetätigkeit berechtigt eine weiseres dazu, die Einrichtung nicht nur beizubehalten, sondern wirksam in den Polizeidienst einzuarbeiten.

Die Polizeifürsorgerin, die nach allgemeiner Vorbildung, sozialer Schulung, Kenntnis der Geleise, der Behörden und sozialen Einrichtungen geprüft und bewährt sein muß und weiß, aus dem Kreis der praktisch sozial tätigen Frauen einzuwählen, ist in Arbeit als Gehilfin dienstlich der Polizeidirektion unterstellt. Ihre eigentliche Aufgabe ist, weiblichen Personen, die verwahrloset oder sittlich gefährdet sind, oder der Verwahrlosung entgegengehen, mit Rat und Hilfe beizustehen, um sie zu einem ordentlichen Lebenswandel zurückzuführen. Der Wirkungsbereich der Polizeifürsorgerin soll dem Zweck der Einrichtung u. der Natur der Sache nach möglichst weit gezogen

den! Ein Genie — aber wenn er stirbt? — Ich bin keine rechte Hand, sagen Sie? Er hat nicht einmal so viel Vertrauen zu mir, daß ich nicht weiß, ob er ein Testament gemacht hat und wenn er uns vermach!

Hören Sie, Doktor? Uns vermach! Das ganze Kaiserreich Sahara mit uns allen darin kann er einfach vermachen, wenn er will. Wollte der Prinzessin Kasaru oder irgendeinem armen Verwandten, der augenblicklich in San Francisco oder Salt Lake City als Wintelabdolet lebt oder einem Aufstrebenden hat!

Wollte ich macht er auch aus uns eine wohlhabende Stellung? Oder er hat gar kein Testament gemacht. Ich trau es ihm zu, denn ich glaube, er hält sich nicht nur für allmächtig, sondern auch für unsterblich, und dann steht in den Zeitungen: „Erben gesucht für das Kaiserreich Sahara!“

„Mister White!“ „Sie haben recht — es ist ein Unglück! Sie haben recht, wenn Sie auch kein Wort gesagt haben, und ich verstehe Sie auch so. Es ist ein unsäglicher Jammer, daß dieser Mann, der das größte rednerische und technische Genie der Welt ist, kein Staatsmann ist und daß er, der so genau alle Verhältnisse des Erdballs beurteilt, sich selbst gegenüber keinen Rat hat.“

„Was ist das für ein Staat, in dem es außer den Beduinenmädchen gar keine Frauen gibt!“

„Der Kaiser, der selber ein Hagestolz ist, duldet keine Frau.“

„Der Kaiser ein Hagestolz?“

„Ich mußte lachen.“

„Ist er es vielleicht nicht?“

„Und Prinzessin Kasaru?“

„Kasaru? Ja — das ist etwas anderes — da war er jung — aber —“

„Verzeihen Sie, Mister White — jung?“

„Wie konnte der Kaiser jung gewesen sein, als er Kasaru kennen lernte?“

White lachte.

„Ober glauben Sie, der Kaiser war nie jung? Aber wir plaudern und vergessen unser Amt. Good evening, Sir.“

Wie seltsam — sowie ich das Gespräch auf Kasaru brachte, lenkte er ab. Nein, das war eigentlich gar nicht seltsam, sondern natürlich, denn — Kasaru war ja der dunkle Punkt und Mister White — schon wieder waren meine Gedanken bei ihr und wieder wurde ich traurig. (Fortf. folgt.)







**Rheineck-Radio-Funk A.-G.**  
Rhein-Neckar-Radio-Funk-Aktiengesellschaft  
**Lahr in Baden**  
Verkürzte Briefanschrift: Rheineck Lahr i. B.  
Telegramm-Adresse: Radiofunk Lahr Baden

**Komplette Radio-Anlagen**  
bewährtester Systeme für  
**Baden und Württemberg**  
Spezialapparate für die süddeutschen Verhältnisse!

die einen hervorragend klaren Empfang aller Vorträge, Konzerte, Opern, Operettenaufführungen etc. der englischen, deutschen, italienischen und französischen Sender verbürgen

Kaufen Sie keinen Radio-Apparat, bevor Sie unseren Rat und unser Angebot eingeholt haben

Fachmännische Beratung  
Prompte Lieferung :: Mäßige Preise

In unserem Verlag ist in neuer Bearbeitung wieder erschienen:

**Mannheim in Sage und Geschichte**

Volkstümliche Erzählungen von **Gustav Wiederkehr**

Vierte reich illustrierte Auflage  
Preis: Mk. 6.—

**Druckerei Dr. Haas G.m.b.H.**  
Mannheim, E 6, 2

**Mühlacker Dachziegel**  
Prächtige natürliche Farbe. Große Festigkeit. Höchste Frost- und Witterbeständigkeit.

Gebr. Vetter, A.-G., Ziegelwerke, Mühlacker.  
Büro: Mannheim, Rheinaustr. 17, Tel. 7862  
Lager: Neckarstadt und Lindenhof.

**Restauration Habereck'**  
Morgen Freitag **Großes Schlachtfest**  
Ausschank von Ia. Spezialbier.  
Louis Wezel.

**Osterhasen**  
Große Auswahl, billige Preise empfiehlt

**Kadel Mittelstr. 3**  
Nähe Meißplatz  
(Besichtigen Sie meine Ausstellung)

**Kauf-Gesuche**  
Wir suchen **Bauplätze**  
an ruhigen Straßen in guten Wohnvierteln in Mannheim und in Vororten.  
Genauere Angebote möglichst mit Lageplan erbeten  
**Süddeutsche Wohnbauhandlung, e. G. m. b. H.**  
Geschäftsstelle Mannheim O 1, 20.

**Pianist Nullmeyer**  
Q 8, 6 sofort frei.  
**Unterricht**  
Gründlicher Klavier-Unterricht

Wird zu möglichem Preis von ausgebildet. Dame erteilt (auch f. Anfänger) Angebote unter J. J. 9 a. d. Geschäftsst. \*4955  
Lehrer (Kunstlehrer) ert. **Englisch u. Französisch** auch Deutsch. Ia. Ref. Verdenheim, T. 6, 37 IV. \*4855

**Geldverkehr**  
**500 Mark**  
gegen Kautionszahlung u. Jinsen nur von Selbstgeber gesucht. Angebote unter B. W. 47 an die Geschäftsstelle. \*4643

**5000 G.-Mark**  
gegen gute Sicherheit und Jinsen zu teilem gesucht. \*5017  
Angeb. unter K. U. 45 an die Geschäftsstelle.  
Suche mich mit ca. **500-1000 Goldmark** an finanziell. Gebötigen zu beteiligen  
Angebote unter K. G. 29 a. d. Geschäftsst. 291605

**Vermischtes**  
**Brauereien.**  
Ein Hiesiges Biergeschäft mit nachweislich großem Umsatz und guter Kund. sucht sich ein einz. auswärt. Brauerei des **Far- und Flaschenbier-Depot** zu übernehmen. Angebote unter G. H. 58 a. d. Geschäftsst. \*4851

**Welcher Grossist**  
richtet Lebensmittelgeschäft ein?  
Angebote unter N. 780 an D. Jrens, Mannh. 2226

**Privatpension.**  
Mit gut bürgerlichem Mittag- u. Abendtisch können u. einige Herren und Damen teilnehmen. In erfragen \*4968  
Stammlöhle 18, 2. St., bei Frau Vink Elm.

**Befetzte Maschinen-Schreiberin**  
übernimmt f. Nebenbeschäftigung Schreibarbeit (besitzt Maschine).  
Angeb. unter H. H. 83 a. d. Geschäftsst. \*4911

**Junge**  
3 Monate alt, in gute Pflege abgegeben.  
Angeb. unter H. M. 87 a. d. Geschäftsst. 21587

**Weizenbockbierfest!**  
Ab Freitag, den 4., Samstag, den 5., Sonntag, den 6., Montag, den 7. April  
**Grosser Weizenbockbier-Ausschank**  
mit Konzert, täglich ab 6 Uhr  
Sonntag morgen Frühschoppenkonzert  
Nachm. v. 1/4 Uhr ab Konzert. Gute bürgerl. Küche.  
Es ladet ein:  
Michael Herzog und Frau  
Q 8, 2-3.  
Feuerwehrkapelle Waldhof  
Kapellmeister F. Boes.

**Cirine** Nüssiges **Bohnerwachs**



**Kinderleichtes Arbeiten.**  
Seit 1901 glänzend beliebt. Stahlpflege u. Terpentinöl werden entbehrlich. Durch die Cirine-Formelholzwasserlöslich. Leicht zu verwenden. Der Boden bleibt sauber u. hell. Zu haben in den einschlägigen Geschäften.  
Fabriken: Cirine-Werke Böhmische & Lorenz, Chemnitz u. Eger (Böhmen).  
Verlangen Sie gratis u. franko die Broschüre: „Wie behalt ich mein Holzwerkzeug sauber?“

**Der gute und billige Tanzapparat**  
nur 50 Mk.  
Mannheimer Musikhaus, am Wasserturm, P 7, 14a.

**An unsere Kundschaft!**  
Wir setzen unsere verehrl. Kundschaft davon in Kenntnis, daß wir ab 1. April dieses Jahres  
**gegenüber dem Finanzamt im Hause E 6, 8**  
ein Zweigbüro für

**Steuerberatung**  
errichtet haben. — Bei dieser Gelegenheit empfehlen wir uns für Ausfertigung von Steuererklärungen, Steuerbilanzen, Prüfung von Steuerunterlagen, laufende Überwachung der Steuertermine, Durchführung von Einspruchs- und Berufungsverfahren und Erstattung von Gutachten in allen Steuerangelegenheiten.  
Anfragen und Aufträge für kaufmännische Revisionen, Übernahme von Buchführungen, Geschäftsführungen, Betriebsorganisationen, Vermögensverwaltungen und alle sonstigen Treuhändergeschäfte bitten wir wie bislang, direkt an unser Hauptbüro Breitestrasse U 1, 7, Teleph. 9509 zu richten.

**Eberhard & Dr. Merle**  
Treuhändergesellschaft  
Hauptbüro: Breitestrasse U 1, 7 — Telephon Nr. 9509  
vom Landesfinanzamt Karlsruhe zugelassene Steuerberater.

**„Krama“**  
Tel. 6754  
Ausführung von Stadt- und Fernfahrten  
**Spezial-Transporte**  
Prompte Bedienung / Mäßige Preise. \*4896  
**Kraftwagenverkehr G.m.b.H. Mannheim**

**Der grosse Tag der Entrechteten**  
ist am 5. April 1924. \*4979

**BOHNERWACHS!**



**General-Vertreter:**  
**Gebr. Koch, Mannheim-Luzernberg**  
Eisenstraße 12. 2701. Telephon 9449

**Ingenieur erteilt Unterricht**  
gegen mögliches Honorar, je nach Wunsch im Einzelnen und in Kursen. Tag- und Abendstunden, auch für Volkshochschulzwecke. Radunterricht, je nach Wunsch in folgenden Fächern: Rechnen, Mathematik, Physik und Elektrotechnik, Chemie, Feuerungslehre, Eisenhüttenkunde, Maschinenbau, Zeichnung usw. Anmeldungen täglich bis abends 8 Uhr Redaktions, Rheingelände, 30, II., Poststelle der Straßenbahn. \*4946

**Verkäufe**  
**Wohnhaus**  
Neu-Ortsheim, Oktober bebaubar, bauplanmäßig, 10 Zimmer, 2 Küchen, 2 Badezimmer usw. erst für 3x3 Zimmerwohnung geeignet, 650 qm Garten, evtl. zusammen mit anschließendem baureifen  
**Gelände**  
unzäunt, insgesamt 3500 qm gegen Barzahlung zu verkaufen.  
Angebote unter H. B. 77 an die Geschäftsstelle Meles Blattes. \*4901

**Wer sind die Entrechteten?**  
Die Besitzer von Sparbüchern, Depositen, Lebensversicherungen, Renten, von lebenszeitlichen Pensions- und befristeten Auslandsrenten; aber auch die abgedienten und in ihren Rechten beraubten Beamten, die ihrer Altersversorgung beraubte Rentenanwärter und Mitglieder ihrer Berufs- und die in der Verteilung ihrer Lebensrenten beraubten Arbeiter.  
**Insgesamt 95% der Bevölkerung**

**Buchführung**  
Revisionen, Bilanzen, Steuer- sachen besorgt  
Gerhardi, T. 5, 13, Tel. 5947.

**Miet-Gesuche**  
**Gebildete solide Dame**  
sucht elegantes möbliertes **ZIMMER**  
in gutem Haus vor 15. April oder sofort  
Angebote unter B. H. 970 an Rudolf Mosse, Mannheim.

**Wohnungs-Tausch!**  
**Karlsruhe - Mannheim**  
Geboten wird in Karlsruhe eine Zweizimmerwohnung mit Küche.  
Gesucht wird eine gleiche in Mannheim.  
Angebote werden erbeten unter O. X. 145 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Wohnungstausch**  
**in der Siedlung Waldhof**  
Geboten: Einfamilienhaus, 3 Zimmer, Küche, Bad, Waschküche, Keller, Garten, Stall für Kleinrindvieh, Garten 200 qm.  
Gesucht: 3 Zimmer mit Küche und Zubehör.  
Es kommen nur Mitglieder der Genossenschaft in Betracht.

**Gartenvorstadt-Genossenschaft**  
e. G. m. b. H. Mannheim.

**Herrschaftl. 6-7 Zimmerwohnung**  
in guter Lage Mannheims **gesucht.**  
3 Zimmerwohnung (2 Familienhaus) in Vorstadt mit Gartenbenützung kann eventuell in Tausch gegeben werden.  
Angebote an **Chemische Fabrik Baden!**  
Telefon 7134.

**Wohnungstausch: Worms - Mannheim**  
geboten in Worms  
**5 Zimmer-Wohnung**  
mit allem Zubehör in schöner ruhiger Lage, gesucht  
**gleichwertige Wohnung**  
in Mannheim, Küche Redaran bevorzugt.  
Ang. u. P. F. 153 an die Geschäftsst. erbeten.

**Trockene Lagerräume**  
in der Nähe des Friedrichsplatzes **gesucht**  
Angebote unter Angabe der Größe und der Räume erbeten unter O. S. 140 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Wohnungstausch: Worms - Mannheim**  
suche meine Wohnung in Worms, bestehend aus 3 großen Zimmern mit Küche  
gegen **gleichwertige**  
in Mannheim zu tauschen.  
Ang. u. P. G. 151 an die Geschäftsst. erbeten.

**Der grosse Hausputz.**  
Warum wird nur ein- oder zweimal im Jahre großer Hausputz veranstaltet? Ist es Luxus, zu mer in einer anderen Wohnung zu leben? Der Grund ist wohl die Angst vor der großen Arbeit. Es muß aber schließlich mal geschehen, weil der im Laufe des Jahres angesammelte Staub am Teppichen, Vorhängen, Polstermöbeln, Betten usw. endlich entfernt werden muß. Von diesem Uebel hilft Ihnen nur ein so einfach und leicht zu bedienendes und so zuverlässig und schonend arbeitendes „Rheinelektra-Staubsauger“. Sie sollten sich deshalb unbedingt den Apparat von uns vorführen lassen. Wir machen dies auch gerne und ohne Kosten für Sie in Ihrer Wohnung, wenn Sie es wünschen.  
**Rheinelektra**  
Stadt- und Ladengeschäft P 5, 14a. Fernsprecher 7077.